

Deutsche Welle (DW)

Deutschland streicht zwei israelischen NGOs die Mittel

Englisches Original: <https://p.dw.com/p/4ooxQ>

Von Naomi Conrad | Birgitta Schülke

Die deutsche Regierung hat still und leise die Finanzierung für *Zochrot* und *New Profile* eingestellt, nachdem zuvor bereits palästinensische NGOs keine Mittel mehr erhalten hatten. Einige Beobachter befürchten, dass dieser Schritt den Handlungsspielraum für Kritiker der israelischen Regierung einschränken wird.

Im Laufe mehrerer Monate im vergangenen Jahr gab es ein Hin und Her zwischen deutschen Beamten und *Kurve Wustrow*. Die deutsche Hilfsorganisation unternahm einen verzweifelten Versuch, ihre laufenden Projekte mit *Zochrot* und *New Profile* zu retten, zwei israelischen Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Entmilitarisierung und die Rechte der Palästinenser einsetzen.

Die Organisation führte Telefongespräche und persönliche Treffen mit Beamten durch. Sie beantworteten Fragen per E-Mail. Sie schickten sogar Erklärungen der israelischen Organisationen, in denen diese ihre Positionen erläuterten.

Aber nichts konnte die deutschen Behörden davon abbringen, der Organisation jegliche offizielle staatliche Finanzierung zu streichen. Mitte Dezember wurde die Entscheidung bestätigt. Der vergebliche Kampf hinterließ bei John Preuss, dem amtierenden Direktor der *Kurve Wustrow*, ein Gefühl von „Müdigkeit und Frustration“.

Die *Kurve Wustrow* hat Partner in mehreren Ländern, darunter im Sudan und in Myanmar. Aber, so Preuss, dies sei das erste Mal überhaupt, dass die deutsche Regierung eines ihrer laufenden Projekte nicht mehr finanziere.

Preuss, der tagelang mit der Entscheidung rang, ob er sich öffentlich äußern sollte, und seine israelischen Partner mussten sich fragen, wogegen sie sich eigentlich verteidigen sollten.

Die deutschen Behörden gaben der Organisation nie eine offizielle Erklärung dafür, warum sie plötzlich beschlossen hatten, die Finanzierung von Projekten einzustellen, die sie erst im Jahr zuvor genehmigt oder verlängert hatten.

Teil eines umfassenderen Musters der Streichung von Finanzmitteln für Menschenrechtsgruppen

Die Rechercheabteilung der Deutschen Welle hat E-Mails und vertrauliche Dokumente geprüft und mit Dutzenden von Quellen aus dem Entwicklungssektor in Deutschland, Israel und dem besetzten Westjordanland gesprochen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Streichung der Mittel für *Zochrot* und *New Profile* Teil eines umfassenderen Vorgehens ist, bei dem Bundesmittel für Menschenrechtsorganisationen gekürzt werden, die die Politik der israelischen Regierung und den andauernden Krieg im Gazastreifen kritisieren.

Seit den von der Hamas angeführten Angriffen auf Israel am 7. Oktober 2023 hat auch Deutschland die Finanzierung von mindestens sechs palästinensischen Organisationen eingestellt. Die Quellen, mit denen DW sprach, waren sich einig, dass es sich um einen politischen Schritt handelte, einen Versuch, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, während der Spielraum für die Zivilgesellschaft in Israel immer kleiner wird. Sie behaupteten auch, dass die Entscheidung Deutschlands auf israelischen Druck hin getroffen wurde.

In einer Stellungnahme gegenüber der DW wies das deutsche Außenministerium diese Behauptung als „unzutreffend“ zurück und erklärte, es finanziere weiterhin „zahlreiche NGOs in Israel und den palästinensischen Gebieten, die der israelischen Besatzungspolitik kritisch gegenüberstehen“.

Die Arbeit von Zochrot und New Profile ist in Israel umstritten

Die Arbeit von *New Profile* und *Zochrot* ist in Israel umstritten, insbesondere unter einer Regierung, die politisch weiter rechts steht als jede andere in der Geschichte des Landes.

Die Kürzung der deutschen Mittel beendete laufende Projekte, die die Gruppen Ende 2023 genehmigt hatten.

Zochrot, was auf Hebräisch „Erinnern“ bedeutet, setzt sich für die Aufarbeitung der Nakba ein, ein Begriff, der von vielen verwendet wird, um die Vertreibung und Umsiedlung von Palästinensern vor und während des arabisch-israelischen Krieges von 1948 zu bezeichnen. Die Organisation setzt sich auch für das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen ein, wogegen die derzeitige israelische Regierung entschieden ist.

Die Direktorin der Organisation, Rachel Beitarie, berichtete der Deutschen Welle, dass sie sich mit deutschen Regierungsvertretern getroffen habe, bevor die Streichung der Mittel endgültig beschlossen wurde. „Die deutsche Vergangenheit, das Nazi-Regime, wurde in diesen Gesprächen immer wieder angesprochen“, sagte sie. Deutsche Regierungsvertreter hätten ihr gesagt, dass es für Deutschland aufgrund seiner Geschichte wichtig sei, Israel zu unterstützen.

Deshalb habe *Zochrot* eine Erklärung an die deutsche Regierung verfasst, in der die Frage angesprochen wurde, ob sie „die Existenz Israels“ in Frage stelle, und in der sie dies kategorisch verneint habe.

Beitarie sagte, *Zochrot* habe etwa 100.000 Euro (etwa 103.000 US-Dollar) verloren – etwa ein Viertel seines Budgets. Die Streichung der Mittel „tut uns definitiv weh, aber sie wird uns nicht davon abhalten, diese Arbeit zu tun“, sagte sie.

New Profile, eine Bewegung, die auf Freiwilligenarbeit basiert, bietet Kriegsdienstverweigerern Unterstützung, die in Israel, wo der Militärdienst sowohl für Männer als auch für Frauen verpflichtend ist, eine Gefängnisstrafe riskieren. Die Organisation gab an, etwa die Hälfte ihrer Gesamtfinanzierung verloren zu haben.

In einer langen Erklärung an die deutsche Regierung erklärte *New Profile*, dass seine Arbeit mit denjenigen, die sich weigern, in der israelischen Armee zu dienen, „streng im Einklang mit dem israelischen Recht“ stehe.

Sergeiy Sandler, der Schatzmeister der Organisation, sagte, die Streichung der Mittel sei zeitlich so geplant gewesen, „dass sie unserer Arbeit größtmöglichen Schaden zufügt“. Die Organisation musste sich nun nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten umsehen, während gleichzeitig israelische Soldaten in den Kampf nach Gaza und bis vor kurzem in den Libanon geschickt wurden.

Beide Organisationen hatten über verschiedene deutsche Partner rund zwei Jahrzehnte lang Entwicklungshilfe erhalten. Bislang, so Quellen gegenüber der DW, hatte ihre Arbeit bei den deutschen Behörden offenbar nie Bedenken hervorgerufen.

Deutsche Förderlandschaft wird zunehmend restriktiver

Beitarie, der Direktor von *Zochrot*, glaubt, dass „der Druck der israelischen Regierung“ wahrscheinlich zu der Entscheidung der deutschen Behörden geführt hat, sie und andere Gruppen nicht mehr zu finanzieren.

Es ist ein Standardverfahren in Deutschland, die Sicherheit von Bundesmitteln für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe regelmäßig zu überprüfen, insbesondere in Regionen, die von bewaffneten Konflikten und politischen Unruhen betroffen sind. Aber wenn es um Israel und die palästinensischen Gebiete geht, kommt eine zusätzliche Komplexitätsebene hinzu.

Der Deutsche Bundestag hat im November einen Beschluss gefasst, der hinter fest verschlossenen Türen ausgearbeitet worden war und öffentliche Zuschüsse an die Einhaltung einer umstrittenen Definition von Antisemitismus knüpft. Kritiker sehen in dem Beschluss eine Gleichsetzung jeglicher Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus, da er weit gefasste Begriffe wie „Vergleiche der gegenwärtigen israelischen Politik mit der der Nazis“ oder „Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“ als Beispiele für Antisemitismus aufführt.

Dies wird in der Praxis durch das umgesetzt, was das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in einer Erklärung vom Dezember 2023 als „genaue Prüfung“ der Partner in der Region bezeichnete, ein Verfahren, das sicherstellt, dass die Partnerorganisationen Deutschlands keine Verbindungen zu Terrorgruppen haben und keine antisemitischen Äußerungen oder Handlungen begehen, die es „unerwünscht“ machen, sie zu unterstützen. Das bedeutet, dass Organisationen die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) nicht unterstützen, nicht zu Gewalt gegen Israel aufrufen oder das Existenzrecht Israels nicht leugnen sollten.

Dutzende Quellen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen berichteten der DW, dass die deutsche Regierung seit dem 7. Oktober 2023, als die Hamas und andere palästinensische Militante eine Reihe brutaler Angriffe starteten, bei denen etwa 1.200 Israelis getötet und 254 Geiseln genommen wurden, bei der Finanzierung immer restriktiver geworden ist. Als Reaktion darauf hat die israelische Regierung zunächst Gaza und dann den Libanon angegriffen. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden bei der israelischen Offensive Zehntausende Palästinenser getötet.

Hilfsorganisationen haben eine Liste von mindestens 15 Organisationen zusammengestellt, darunter *Zochrot* und *New Profile*, die in den letzten Monaten ihre Finanzierung durch die deutsche Regierung verloren haben. Die meisten sind palästinensisch und viele hatten langjährige Partnerschaften mit deutschen Entwicklungsorganisationen.

Das Auswärtige Amt hat zwar nicht bestätigt, dass 15 Organisationen keine Mittel mehr erhalten, aber die Deutsche Welle konnte mindestens acht Gruppen ausfindig machen, deren Gelder kürzlich gekürzt wurden.

Deutschland vollzieht eine Kehrtwende in der Förderpolitik

Eine Entscheidung, so waren sich viele NRO-Quellen einig, ist besonders symptomatisch für die zunehmend restriktive Haltung Deutschlands: die Entscheidung Berlins, nach den Hamas-Angriffen Ende 2023 stillschweigend die Mittel für sechs palästinensische Organisationen zu kürzen.

Israel hatte sie bereits 2021 als mit Terroristen verbunden eingestuft, obwohl viele Länder, darunter Frankreich und ursprünglich auch Deutschland, diese Behauptungen als unbegründet bezeichneten.

Eine der Organisationen, Al-Haq, erlangte 2014 Bekanntheit, weil sie vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen Israel aussagte, der im November 2024 einen Haftbefehl gegen Premierminister Benjamin Netanjahu erließ und ihm Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarf. Viele Quellen aus der Zivilgesellschaft gaben an, dass Al-Haq wahrscheinlich aufgrund dieser Zeugenaussage von 2014 auf die Terrorliste Israels gesetzt wurde.

Der Schritt der israelischen Regierung im Jahr 2021, die sechs palästinensischen NGOs als terroristisch einzustufen, war ein politischer, „zu 100 %“, sagte der damalige Vertreter der Europäischen Union im Westjordanland und im Gazastreifen, Sven Kühn von Burgsdorff, gegenüber der Deutschen Welle.

„Keine der Prüfungen und Finanzkontrollen kam zu dem Schluss, dass eine dieser sechs NGOs gegen unsere Finanzierungsvereinbarungen oder vertraglichen Verpflichtungen verstoßen hat“, sagte er. Neun europäische Außenministerien kamen zu einem ähnlichen Schluss. In einer gemeinsamen Erklärung vom Juli 2022 schrieben sie, dass 'von israelischer Seite keine substanziellen Informationen

eingegangen sind, die eine Überprüfung unserer Politik gegenüber den sechs palästinensischen NGOs rechtfertigen würden'. Einer der Unterzeichner war Deutschland.

Die Finanzierung wurde fortgesetzt, aber dann, im Dezember 2023, vollzog die Bundesregierung stillschweigend eine vollständige Kehrtwende und stellte alle Bundesmittel ein. Es war ein paar Tage vor Weihnachten, erklärte eine Quelle, als die meisten Entwicklungshelfer bereits im Urlaub waren.

Die DW hat eine Kopie eines internen, als Verschlussache eingestuften Berichts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem es heißt, dass keine neue Zusammenarbeit mit den sechs Organisationen genehmigt werden sollte. Auch hier wurden keine Gründe genannt. Die Entscheidung wurde noch nie öffentlich kommuniziert. Auf die Frage, was zu der plötzlichen Änderung geführt habe, teilte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der DW in einer schriftlichen Erklärung mit, dass die Regierung alle Informationen über die sechs NGOs überprüft habe und weiterhin überprüfe.

Deutsche Regierung „beteiligt sich an Unterdrückung“: Zochrot

Zusammengenommen scheint die Streichung der Mittel für acht israelische und palästinensische Organisationen darauf hinzudeuten, dass Deutschland sich auf die Seite der derzeitigen israelischen Regierung stellt, darin sind sich Quellen aus dem Entwicklungssektor einig.

Dies geschieht zu einer Zeit, in der der Spielraum für eine kritische Zivilgesellschaft und Medien in Israel schrumpft, so der israelische Anwalt Michael Sfard, der palästinensische und israelische NGOs, darunter *Al-Haq*, verteidigt und berät. Er ist der Ansicht, dass die Einschränkung der Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen Teil einer gezielten Strategie der israelischen Regierung ist, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

„Dieser Trend hat vor anderthalb Jahrzehnten begonnen, aber mit der aktuellen Regierung und insbesondere nach dem 7. Oktober seinen Höhepunkt erreicht“, sagte er. Es sei, so erklärte er, "unglaublich, wie schwierig es im heutigen Israel ist, die Politik der Regierung zu kritisieren".

Die israelische Botschaft in Berlin reagierte nicht auf Fragen zum weitreichenden Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft in Israel.

Die deutsche Regierung „beteiligt sich an der Unterdrückung“, sagte Beitarie, Direktor von *Zochrot*.

Sergeiy Sandler von *New Profile* stimmte dem zu. Er lebt in Be'er Sheva, einer Stadt im Süden Israels, die zwischen zwei Militärflughäfen liegt. Der Soundtrack des Krieges im Gazastreifen, der nur 40 Kilometer von seinem Haus entfernt stattfindet, ist das unaufhörliche Dröhnen von Flugzeugen, die in den Gazastreifen fliegen oder von dort zurückkehren.

Es ist eine ständige Erinnerung daran, dass der Krieg so nah an seinem Zuhause ist. „Und [*New Profiles*] Arbeit hilft zumindest einigen Menschen, nicht direkt an den Gräueltaten teilzunehmen“, sagte er und fügte hinzu, dass *New Profile* immer mehr Anfragen von Menschen erhält, die sich vom Militärdienst befreien lassen wollen.

„Ich kann verstehen, warum die israelische Regierung uns unterdrücken will“, sagte er.

Aber was, fragte er verärgert, „geht die deutsche Regierung die ideologischen Forderungen der israelischen Regierung an israelische Bürger aufzuerlegen?“

Was, fügte er hinzu, „geht die deutsche Regierung der Versuch, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen?“

In einer schriftlichen Erklärung gegenüber der DW wies das Auswärtige Amt alle Vorwürfe zurück, Deutschland folge dem Beispiel Israels, um Stimmen zum Schweigen zu bringen, die Netanjahus Regierung kritisieren, als „unzutreffend“.

*Zusätzliche Berichterstattung von Tania Krämer in Be'er Sheva und Tel Aviv
Redaktion: Mathias Bölinger, Carolyn Thompson, Sarah Hofmann*

Faktenprüfung: Carolyn Thompson

Rechtsberatung: Florian Wagenknecht

Naomi Conrad Investigative Reporterin

Birgitta Schülke Investigative Reporterin mit Schwerpunkt auf Menschenrechtsverletzungen und Migration in Asien und im Nahen Osten